
Liebe Leserinnen und Leser,

seit nunmehr fast einem Jahr ist in Fukushima eine atomare Katastrophe im Gange, über deren Ausmaß man sich hierzulande kaum ein konkretes Bild machen kann. Am 11. März, zum Jahrestag, an dem die Katastrophe begann, finden bundesweit und international zahlreiche Gedenk- und Protestveranstaltungen statt. Der BBU ruft dazu auf, breit zu den Aktionen zu mobilisieren und massenhaft daran teilzunehmen. Weitere Informationen dazu, aber auch zu Themen wie Stuttgart 21, findet Ihr unter den Themenbereichen.

Der BBU bringt sich, seine Kreativität und sein Fachwissen vielerorts ein. Dieses Engagement muss natürlich auch finanziell abgesichert sein. Alle BBU-Mitglieder mögen prüfen, ob sie ihren Jahresbeitrag nicht etwas erhöhen können, alle anderen Leserinnen und Leser des Newsletter mögen prüfen, ob sie den BBU mit einer Spende oder einer Mitgliedschaft unterstützen können. Einen schönen „Restwinter“ wünscht Euch die BBU-Newsletterredaktion!

**1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle****Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE / IHRE Spende ...**

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Wer möchte, kann auch bequem online einen beliebigen Betrag an den BBU spenden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578**Mit Aufklebern und Buttons Flagge zeigen**

(UB) Beim BBU können zahlreiche Motive bestellt werden, ausführliche Informationen gibt es unter

<http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html>.**BBU-Stromwechsellkampagne**(UB) Der neue Flyer zur BBU-EWS-Stromwechsellkampagne kann in größerer Stückzahl in der BBU-Geschäftsstelle bestellt werden. So sieht der Flyer aus: http://www.bbu-online.de/EWS/flyer_ews_web.pdf.**2. Themenbereiche****Atomindustrie****Bundesweiter Aufruf: Fukushima mahnt: Atomanlagen jetzt abschalten!**

Am 11. März 2012 dauert die Katastrophe von Fukushima schon ein Jahr an. An diesem Tag gedenken wir der Opfer und wenden uns gegen die weitere Nutzung der Atomenergie. in Deutschland, in Europa, weltweit.

In Deutschland demonstrieren wir

- an der Urananreicherungsanlage in Gronau: Solange zehn Prozent aller AKW weltweit mit angereichertem Uranbrennstoff aus Gronau versorgt werden können und solange die Bundesrepublik für Atomgeschäfte in aller Welt bürgt, kann von einem Ausstieg aus der Atomenergie keine Rede sein!
- an den Atomkraftwerken Gundremmingen, Neckarwestheim und Brokdorf sowie in Hannover (AKW Grohnde): Gundremmingen hat - wie Fukushima - Siedewasser-Reaktoren und es ist der letzte deutsche Standort, an dem zwei Reaktoren in Betrieb sind. Neckarwestheim steht in einem erdbebengefährdeten Gebiet. Das Betriebsgelände von Brokdorf liegt in einer Senke, tiefer als der Wasserspiegel der Elbe. Der Stahl, der vor 30 Jahren in Grohnde verbaut wurde, war schon damals technisch überholt.
- mit einer Lichterkette zwischen Braunschweig-Thune, ASSE II und Schacht KONRAD: Hier setzen wir ein deutliches Zeichen gegen den unverantwortlichen Umgang mit Atommüll.

Wir wollen einen schnellen Ausbau Erneuerbarer Energien in der Fläche: Dezentral, demokratisch und sozial. Diesem Ziel steht die Atomenergie entgegen. Es gibt keine friedliche Nutzung von Atomkraft. Der Weiterbetrieb der noch am Netz befindlichen Reaktoren und Atomanlagen ist nicht vertretbar.

Darum: Schluss damit! Atomausstieg jetzt! Die Demos am 11.3. werden organisiert von einem Bündnis zahlreicher Initiativen und Organisationen, darunter auch der BBU. Mehr dazu unter fukushima-2012.de.

11. März 2012**FUKUSHIMA
MAHNT:****ATOMANLAGEN
JETZT ABSCHALTEN!**

Abschlussklärung der Internationalen Urankonferenz, Münster, 4. Februar 2012

200 AtomkraftgegnerInnen aus dem Niger, Russland, Frankreich, Polen, der Türkei, den Niederlanden und Deutschland haben sich am 4. Februar 2012 in Münster zu einer Internationalen Urankonferenz getroffen. Im Mittelpunkt der Urankonferenz stand die Forderung, die internationale Uranindustrie stillzulegen und den weltweiten Uranabbau, die Urananreicherung sowie die Brennelementefertigung zu stoppen. Die Urankonferenz wurde von einem internationalen Trägerkreis aus 35 Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbänden getragen und ist eine der bundesweit größten Konferenzen dieser Art seit Jahren.

Auf der Urankonferenz berieten die TeilnehmerInnen intensiv über die Gefahren des weltweiten Uranabbaus – mit einem Fokus auf die Situation in Zentralafrika, wo im Niger und in Kamerun Uran unter menschenwürdigen und umweltschädlichen Verhältnissen abgebaut wird. Das Märchen von der angeblich „sauberen“ Atomenergie wird schon beim Uranabbau deutlich widerlegt.

Auch im Tschad wird intensiv nach Uran gesucht. Die KonferenzteilnehmerInnen rufen zur Solidarität mit den Menschen vor Ort auf. Auch in Europa wird derzeit in mehreren Ländern nach Uran gesucht. AtomkraftgegnerInnen aus Polen berichteten z. B. über Pläne, auch dort Uran abzubauen. Doch an vielen Orten regt sich Widerstand gegen den Uranabbau.

In Workshops wurde zudem über die Verarbeitung von Uran sowie über die Urananreicherung und Brennelementefertigung diskutiert. Dabei ging es unter anderem um die gesundheitlichen Gefahren, sowie die zahlreichen internationalen Urantransporte und die militärische Dimension der Urananreicherung. Die KonferenzteilnehmerInnen fordern eine Ächtung von Uranmunition und sämtlicher Atomwaffen. Die Urankonferenz schließt sich der Anti-Atom-Konferenz im japanischen Yokohama an, auf der vor drei Wochen eine nuklearfreie Welt gefordert wurde. Der BBU gehörte zum Trägerkreis der Urankonferenz. Vollständiger Text der Abschlussklärung und weitere Informationen unter <http://www.urankonferenz2012.de>. Foto: aaa-West.



BBU gegen neue Atomreaktoren in den USA

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat den geplanten Neubau von zwei Atomreaktoren in den USA scharf verurteilt. Am Donnerstag hatte die Nukleare Regulierungskommission (NRC) mit vier Stimmen gegen eine Stimme für die Errichtung der Reaktorblöcke in einem bereits bestehenden Atomkraftwerk im US-Staat Georgia genehmigt. "Wer nach den nuklearen Katastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima neue Atomkraftwerke genehmigt, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 10.02.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/10.02.12.html>

35 Jahre Gorleben

Vor 35 Jahren, am 22. Februar 1977, verkündete der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), dass Gorleben das "Nukleare Entsorgungszentrum" der Republik sein sollte. Der Widerstand im Wendland ist inzwischen legendär: Verhindert wurden der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage und einer Brennelementefabrik. Aber 113 Castoren stehen inzwischen im Zwischenlager, das Fasslager nahm 1984 den Betrieb auf und die Menschen im Wendland machen sich Sorgen um die Strahlenbelastung.

Ins Stocken kam auch immer wieder der Plan, in Gorleben ein Endlager für den Nuklearmüll zu errichten. 1999 sollte das Endlager den Betrieb aufnehmen, im Jahr 2000 folgte stattdessen wegen der wachsenden Zweifel an der Eignung des Salzstocks ein 10-jähriges Moratorium und 2012 steht das Projekt endgültig auf der Kippe, erinnert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). "Jetzt rächt sich, dass die Geologie nur eine Nebenrolle spielte. Sie floss 1977 mit nur 12,8 Wertungspunkten in die Standortauswahl ein", bilanziert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Der lange Atem der Anti-AKW-Bewegung im Wendland und in der Republik speist sich aus vielen Quellen. Das Wissen um die tödliche Gefahr eines "Restrisikos" wurde von der Wirklichkeit eingeholt, Harrisburgh, Tschernobyl und Fukushima sind die krasssten Belege. "Die Havarie der beiden Endlager Morsleben und Asse II wirft ein besonderes Licht auch auf Gorleben, denn Gorleben gehört auch zu den industriepolitischen Fossilien der 70er Jahre, Schwarz-Gelb kann mit ihrer Regierungsmehrheit vielleicht durchdrücken, dass der Standort wegen der 1,6 Mrd. Euro, die dort schon verbuddelt wurden, noch nicht aufgegeben wird, aber er wird aufgegeben werden müssen, weil bei der Endlagerung der hochradioaktiven und hochgiftigen Abfälle Sicherheit vor Geld gehen muss", sind sich die Gorleben-Gegner sicher.

Rückblick und Tagespolitik bestimmen das Jubiläum. Über 1000 Mitglieder hat die Bürgerinitiative heutzutage, die BI als eingetragener und gemeinnützlicher Verein wurde im März 1977 gegründet, aus der Gründerzeit im Jahr 1977 sind immer noch 77 dabei.

Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 21.02.2012. weitere Informationen der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Die BI Lü-Da ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

BBU-Einspruch gegen das Atomprogramm in Polen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit der polnischen Anti-Atomkraft-Bewegung und hat bei der Regierung von Polen gegen das geplante polnische Atomprogramm Einwendungen erhoben. "Von einem Störfall in einem polnischen Atomkraftwerk wäre die Bevölkerung beiderseits der Grenze betroffen", so der BBU.

Bereits im Januar hatte der BBU Einspruch gegen den möglichen Bau von Atomkraftwerken oder Atomanlagen in Polen eingereicht. Kürzlich hatte die polnische Regierung ihre Pläne konkretisiert und hat einen weiteren möglichen Standort eines Atomkraftwerks benannt: Gaški an der Ostsee. Der BBU lehnt den Betrieb und Neubau von Atomanlagen grundlegend ab. In dem aktuellen Einspruch des BBU an die polnische Regierung heißt es u. a.:

"Durch die polnischen Pläne für Atomanlagen und Uranabbau sehen wir uns in den Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit, Leben und Eigentum gefährdet. Wie die Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima bewiesen haben, ist die Atomenergie unbeherrschbar. Für die Umwelt hat die Nutzung der Atomenergie ebenfalls katastrophale Folgen, angefangen beim Uranabbau bis hin zur unlösbaren Atommüllentsorgung. (...). Es wird nie ein Endlager geben, in dem der Atommüll, der in polnischen Atomanlagen anfallen würde, sicher gelagert werden kann. Die schlechten Erfahrungen der Endlagerprojekte Asse und Gorleben in der Bundesrepublik Deutschland sind zu berücksichtigen."

Hintergrundinformationen: Einen Redebeitrag aus den Reihen der polnischen Anti-Atomkraftbewegung, der bei der Internationalen Urankonferenz am 4. Februar in Münster gehalten wurde, findet man unter www.urankonferenz2012 (direkter Link: <http://www.urankonferenz2012.de/gru%C3%9Fworte/>).

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 28.02.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/28.02.12.html>

Endlagersuchgesetz: BI Umweltschutz fordert Zäsur

Bund und Länder sind sich nach Angaben des Bundesumweltministers Norbert Röttgen (CDU) bei einem Gesetz für eine neue Endlagersuche weitgehend einig. "Leider in der wesentlichen Frage, dass der untaugliche Salzstock Gorleben nicht vom Tisch ist", kritisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). "Es gibt nicht einmal den wiederholt angekündigten Bau- und Erkundungsstopp unter Tage, auch an der vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben, in die allein 9 Millionen Euro fließen, hält Röttgen fest", hält BI-Sprecher Wolfgang Ehmke den Verhandlungsführern vor.

"Wir brauchen eine wirklich Zäsur, einen Stopp aller Arbeiten und der Persilschein-Gutachten, denn mit dem Festhalten an Gorleben wird nicht nur der Anschein erweckt, dass es eine Festlegung in der Endlagerfrage gibt und dass nur an der Planreife Gorlebens weitergearbeitet wird," so Ehmke.

Weitgehender einig als die Vertreter von Regierung und der sogenannten A-Länder, in denen SPD und Grüne mitregieren, sind sich die Gorleben-Gegner und die Umweltverbände, dass der Protest weiter auf die Straße getragen werden muss, um einen Parteienkonsens zu verhindern, der einen gesellschaftlichen Konsens vorgaukelt und damit auch in diesem Punkt die Verfahrensfehler der Vergangenheit fortschreibt. "Nach den Kundgebungen zum Gedenken an die Reaktorkatastrophe von Fukushima rufen wir auf zu einer Demonstration in Gorleben, und zwar zwei Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 28. April", erklärt die BI.



Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 01.03.2012. weitere Informationen der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Die BI Lü-Da ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Biotechnologien

Superviren – kein Thema für die Bundesregierung?

Testbiotech und Gen-ethisches Netzwerk fordern öffentliche Stellungnahme

München/Berlin 2.März 2012. Das Gen-ethische Netzwerk (GeN) in Berlin und Testbiotech (München) haben sich heute mit einem offenen Brief an Angela Merkel gewendet. Sie fordern die Bundeskanzlerin auf, sich für einen Stopp der Herstellung von neuen Varianten des Vogelgrippevirus (H5N1) und eine Beschränkung des Zugangs zu den Genom-Daten einzusetzen. Wissenschaftlern ist es gelungen, im Labor eine Variante des Virus herzustellen, die für Säugetiere extrem gefährlich ist. Die Wissenschaftler haben am 20. Januar 2012 ein Moratorium für ihre Arbeit beschlossen, um der Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, Stellung zu beziehen. Testbiotech und das GeN fordern nun die Kanzlerin auf, sich zu dem Thema zu äußern. Gleichzeitig soll eine breitere Diskussion in der Öffentlichkeit angeregt werden. Der Brief wird deswegen für weitere mögliche Unterzeichner bis Ende Juni online gestellt.

„Wir brauchen demokratisch und international legitimierte Prozesse, die den Zugang zu Informationen und den Umgang mit der Forschung regeln. Der Gesellschaft muss ein Mitspracherecht bei missbrauchsgefährdeter Forschung

dieser Art eingeräumt werden“, sagt Christof Potthof vom Gen-ethischen Netzwerk. „Im konkreten Fall sind wir für die Vernichtung der neuen Viren.“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich im Februar 2012 dafür ausgesprochen, die Arbeiten an den Viren fortzusetzen und die Daten zu veröffentlichen – allerdings zu einem späteren Zeitpunkt als ursprünglich geplant. Die Zeit bis dahin solle für eine öffentliche Diskussion genutzt werden.

Link zum Brief an die Bundeskanzlerin: <http://www.testbiotech.de/supervirus>

Aus einer Pressemitteilung von Testbiotech und Gen-ethischem Netzwerk vom 02.03.2012

Jobmesse

Achte Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Sie suchen einen qualifizierten Mitarbeiter für Ihr Unternehmen? Sie wollen einen spannenden Job in der dynamischsten Branche Deutschlands? Dann treffen Sie sich doch auf der 8. Bundesweiten Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien und Energieeffizienz am 4. und 5. Mai 2012 im Wissenschaftspark in Gelsenkirchen.

[Lesen Sie den Messeprospekt: Bitte hier klicken!](#)

Die aktuelle Arbeitsmarktsituation und der Fachkräftebedarf werden auch 2012 in 4 Branchenworkshops zur Solar-, Wind-, Bioenergie und Geothermie intensiv beleuchtet. Die bundesweite Job- und Bildungsmesse bietet auch ein spezielles Programm für Schülerinnen und Schüler an: Mit einem „Experimentestand“, dem Selfassessment-Tool ["Taste-EE"](#) zum Einschätzen der eigenen Fähigkeiten, einer Infothek zu Studiengängen, verschiedenen Beratungsangeboten und natürlich durch Gespräche mit zahlreichen Ausstellern aus dem Hochschulbereich können Jugendlichen sich mit der Branche beschäftigen. Quelle und weitere Informationen unter www.jobmesse-ee.de.

Naturschutz

Erörterungstermin am 20. März in Großenlüder

(UB) Gegen den Antrag der Firma Zement- und Kalkwerke Otterbein GmbH & Co KG zur Vertiefung des Kalksteinbruchs im hessischen Großenlüder hatten der BBU, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder sowie viele Bürgerinnen und Bürger im Sommer 2011 Einsprüche erhoben. Zur Erörterung der zahlreichen Einwendungen hat das Regierungspräsidium Kassel Anfang Februar zu einem Erörterungstermin eingeladen, der am 20. März in Großenlüder beginnen soll. Der Termin kann bei Bedarf verlängert werden.

Die fundierte Teilnahme an Erörterungsterminen ist oft mit erheblichen Kosten verbunden. So auch in diesem Fall. Zur Finanzierung von Sachbeiständen ist Geld nötig, ebenso für die möglicherweise erforderliche Beauftragung von Rechtsbeiständen. Die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder, die im BBU organisiert ist, leistet hervorragende Arbeit zum Schutz der Umwelt. So ist es erfreulich, dass eine Spendenkampagne der Bürgerinitiative zum Jahresende erste Spendengelder erbracht hat. Hierfür dankt die Bürgerinitiative allen Spenderinnen und Spendern. Und Kerstin Desch-Wöhr, 1. Vorsitzende der Bürgerinitiative und BBU-Vorstandsmitglied, ruft zu weiteren Spenden auf: "Mit einem guten Finanzpolster können wir zugunsten des Umweltschutzes noch Ziel führender arbeiten". Der BBU unterstützt die Arbeit der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder und ruft ebenfalls dazu auf, die Initiative mit Spenden, oder persönlich beim Erörterungstermin (oder bei dessen Vorbereitung) zu unterstützen. Die Leserinnen und Leser des BBU-Newsletter sind gebeten, die Initiative bestmöglich zu unterstützen.

Das Spendenkonto der Bürgerinitiative ist bei der Sparkasse Großenlüder, Konto-Nr. 29 003 765 Bankleitzahl 530 501 80. Informationen über die BI in Großenlüder gibt es im Internet unter <http://www.pro-grossenlueder.de>. Telefonisch kann der Kontakt über 06648-620885 hergestellt werden.

Normung

BBU/KNU-Workshop „Energie, Klimawandel, Anpassung an den Klimawandel und Normung“ zum Nachlesen: Alle Vorträge des Workshops auf der BBU-Homepage!

In kurzer Zeit nach dem erfolgreichen BBU/KNU-Workshop: „Energie, Klimawandel, Anpassung an den Klimawandel und Normung“ sind alle Vorträge, die auf dem Workshop gehalten wurden, auf der BBU-Homepage eingestellt. Sie sind unter diesem Link zu finden: <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Normung/Workshop.html>

Nikolaus Geiler hat zu seinem Vortrag „Strom zu Gas – Zusammenwachsen für ein integrales Energiesystem“ zusätzlich einen Artikel mit 32 Fragen und Antworten zum Thema bereit gestellt. Ebenso sind zum Vortrag „Riskante Optionen zum Klimaschutz – Carbon Capture and Storage (CCS)“ von Prof. Dr. Jürgen Rochlitz weitere Erläuterungen zu finden.

In den Vorträgen wird thematisch ein weiter Bogen von der effizienten und zukunftsweisenden Nutzung regenerativer Energien und ihrer Transport- und Speichermöglichkeiten über aktuelle „Irrwege und Probleme“ wie „Fracking – Unkonventionelle Gasförderung“ und „Gentechnik als Lösung?“ gespannt. Die bereits zu beobachtbaren Wirkungen des Klimawandels werden konkret dargestellt. Konzepte und Vorschläge für die nicht mehr zu vermeidenden Folgen des stattfindenden Klimawandels werden vorgestellt. Dazu gehören Technische Regeln Anlagensicherheit, die Roland Fendler vom UBA erläutert.

Normung und Klimawandel wird im vierten Abschnitt erörtert. ExpertInnen aus DKE und DIN sowie vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz stellen aktuelle Normenentwicklungen vor. Sie verdeutlichen Möglichkeiten und

Grenzen der Normung als Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.

In wenigen Tagen folgt noch der Abschlussbericht zum Workshop!

Ursula Weiß, BBU-Vorstandsmitglied

Solarenergie

Röttgen und Rösler sind auf dem Weg in den klimapolitischen Abgrund

Der BBU kritisiert die geplante "Streichorgie" der Bundesregierung im Bereich der Solarförderung

Die geplanten Kürzungen bei der Förderung neuer Solaranlagen stoßen beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf scharfe Kritik. Bundesumweltminister Röttgen (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) haben sich darauf geeinigt, dass neue Solaranlagen, die nach dem 9. März 2012 in Betrieb gehen, je nach Größe einen bis zu 30 Prozent geringeren Fördersatz bekommen sollen als früher installierte Anlagen. Weitere Förder-Reduzierungen sind ab Mai vorgesehen. Am 29. Februar soll die "Streichorgie", so die Bezeichnung des BBU, vom Bundeskabinett verabschiedet und dann dem Bundestag vorgelegt werden.

Auch in Sachen Energieeffizienz stoßen die beiden Minister mit ihren Plänen beim BBU auf Kritik. Die von der EU empfohlene Vorschrift für Energieversorger, ihren Energieabsatz schrittweise zu senken, soll es in der Bundesrepublik nicht geben.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BBU Prof. Dr. Jürgen bezeichnet das Vorgehen der beiden Minister als unfassbar: "Für die dringend erforderliche Energiewende sind mutige Schritte in die richtige Richtung erforderlich. Die Minister Röttgen und Rösler sind aber weiter auf dem Weg in den klimapolitischen Abgrund!" Rochlitz warnt vor dem "Niedergang einer blühenden Industriebranche, der Solarindustrie".

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 24.02.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/24.02.12.html>

Stuttgart 21

BBU stellt Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der Manipulationen und Täuschungen beim Projekt Stuttgart 21

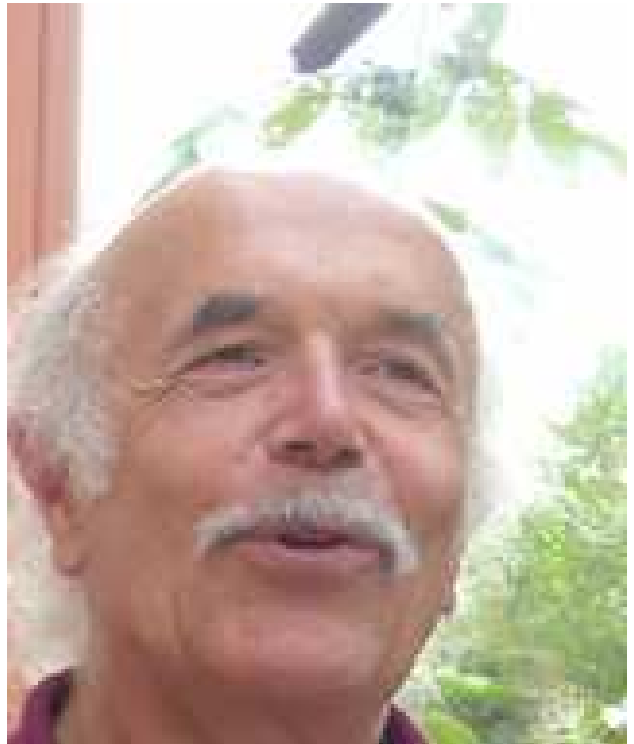
Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart eine Überprüfung des Projektes Stuttgart 21 und des dazu gehörigen sogenannten Stresstests und der dazu im Zusammenhang stehenden Volksabstimmung auf strafrechtliche Verstöße durch verschiedene Institutionen und Personen beantragt.

Beantragt wurde weiterhin zur Vermeidung von Verdunkelung und zur Vermeidung erheblicher unnötiger Kosten die Verhängung eines absoluten Baustopps bis zur restlosen Klärung der strafrechtlichen Seite der bisherigen Projektplanung.

Das zum geschäftsführenden Vorstand des BBU gehörige Mitglied, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, erklärte dieses Vorgehen des BBU damit, dass sowohl bei der Schlichtung als auch bei dem durchgeführten Stresstest, wie auch im Vorfeld der Volksabstimmung mehrfach der Verdacht nahe lag, dass die positive Einschätzung des Projekts mit Hilfe von Manipulationen, Täuschungen und sogar Betrug zustande gekommen ist.

„Vor allem aber wollen wir verhindern, dass ein über fünf Milliarden teures Projekt von der DB AG weiter vorangetrieben wird,

- obwohl von der DB AG keine neuesten Kostenschätzungen vorliegen, die aber sicher die vorgesehene Projektgrenze von fünf Mrd. € übersteigen werden;
- obwohl eine Fülle von Ungereimtheiten, Täuschungen und Manipulationen das Projekt verklärt haben;
- obwohl eine Reihe von Planfeststellungen entweder überhaupt nicht stattgefunden haben oder – wie im Fall der gestiegenen Grundwasserentnahme – dringend erfolgen müssten wegen fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung;
- obwohl ein Baurecht für das Gesamtprojekt noch in weiter Ferne liegt“, so Rochlitz wörtlich.



Der BBU hat sich im Wesentlichen auf kritische Expertendarstellungen gestützt. Der Wortlaut der Strafanzeige kann auf Wunsch übermittelt werden.

Pressemitteilung des BBU vom 14.02.2012 /

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/14.02.12.html>

Foto (privat): Jürgen Rochlitz – Unermüdlich engagiert gegen Stuttgart 21

BBU: Mit Aschermittwoch ist der Widerstand gegen Stuttgart 21 noch lange nicht vorbei!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich erneut mit dem Widerstand vor Ort gegen das sinnlose Bahnprojekt "Stuttgart 21" solidarisiert.

Scharfe Kritik übt der BBU an der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg, nachdem in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die Fällung von weiteren Bäumen im Bereich des Stuttgarter Hauptbahnhofs fortgesetzt wurde. Auf der Internetseite der Stuttgarter Parkschützer (www.bei-abriss-aufstand.de) heißt es dazu: "Zur Stunde werden seit etwa 22:30 Uhr - mitten in der Nacht bis morgen früh 5:00 Uhr - ohne Vorankündigung mehrere Dutzend große, die Gegend prägende Bäume gegenüber dem Nordausgang des Stuttgarter Hauptbahnhofs entlang der Heilbronner Straße gefällt. Mehrere Hundertschaften Polizei schützen mit ausdrücklicher Billigung der grün-roten Regierung, unter Führung des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, diese weiteren Baumrodungen im Zuge des Immobilienprojektes "Stuttgart 21". Der eigentliche Baubeginn ist auch weiterhin nicht absehbar, da sich noch immer keine Firmen gefunden haben, welche die gefährlichen Bauabschnitte übernehmen wollen."

Noch vor einer Woche hatte der BBU, der der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen und Umweltverbände ist, bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart eine Strafanzeige gegen Unbekannt eingereicht. Mit der Strafanzeige sollte u. a. ein Baustopp des Projektes Stuttgart 21 und damit der Schutz der Bäume erwirkt werden. Damit hat BBU grundsätzlich eine Überprüfung des Projektes Stuttgart 21, und des dazu gehörigen sogenannten Stresstests und der dazu im Zusammenhang stehenden Volksabstimmung, auf strafrechtliche Verstöße durch verschiedene Institutionen und Personen beantragt. Der zum geschäftsführenden Vorstand des BBU gehörige Prof. Dr. Jürgen Rochlitz kritisiert, dass es bisher keine angemessene Reaktion der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gibt. "Da werden willkürlich mächtige Bäume gefällt und die Staatsanwaltschaft schaut tatenlos zu. Uns wurde bisher nur ein Aktenzeichen mitgeteilt. Es schmerzt die toten Bäume zu sehen, aber der Widerstand geht weiter", so Rochlitz.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 22.02.2012.

Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/22.022.12.html>.

Verkehrspolitik

Begegnungszonen und Shared Space auch für Fußgänger

"Shared Space" wird von Politikern und Bürgern häufig als verkehrspolitische Maßnahme gefordert, ohne genaue Vorstellungen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Fachleute aus den beiden Verbänden Fachverband Fußverkehr Deutschland Fuss e.V. und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung SRL haben daher Kriterien erarbeitet, wie Shared-Space-Varianten auch für den Fußverkehr positive Ergebnisse erzielen können.

Die Arbeitsgruppe Fußverkehr der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL und der Fachverband Fußverkehr Deutschland Fuss e.V. empfiehlt in ihrem neu herausgegebenen Faltblatt ("fußnote 9", siehe www.fuss-ev.de), Shared Space als Überbegriff für verschiedene Ausführungsvarianten einschließlich "Verkehrsberuhigtem Bereich" oder "Begegnungszone" zu verwenden. "Shared Space" ist nicht unbedingt, wie in der öffentlichen Diskussion häufig irrtümlich dargestellt, mit dem völligen Verzicht auf Verkehrszeichen gleichzusetzen. Grundsätzlich sind in Deutschland nur Varianten mit den vorgenannten Verkehrszeichen fußgängerfreundlich. Außerdem ordnen sie den ruhenden Kfz-Verkehr, ohne dass weitere Schilder nötig wären.

Die Ausgabe der fußnote kann bestellt werden für 0,50 Euro/ Exemplar. Ab 5 Exemplaren reduziert sich der Preis auf 0,25 Euro/ Expl.; jeweils zzgl. Versandkosten.

Kontakt: FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Telefon 030/ 492.74.73, Fax 492.79.72 . Download-Möglichkeit unter www.fuss-ev.de, www.strassen-fuer-alle.de.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung von FUSS e.V., Fachverband Fußverkehr Deutschland, vom 7. Februar 2012. Der Fuss e. V. ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

3. Persönlichkeiten

Hans Günter Schumacher

Das ehemalige BBU-Vorstandsmitglied Hans Günter Schumacher hat der Zeitschrift „Umwelt aktuell“ ein Interview gegeben. Es kann hier nachgelesen werden:

http://www.deutscheumweltstiftung.de/index.php?option=com_content&view=article&id=315:hans-guenter-schumacher-wir-brauchen-eine-kritische-jugend&catid=52:buecher-und-beitraege

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02/ 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.03.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.